

1. Was wollen Sie tun, damit unsere sozialen Systeme nicht unter der wachsenden Erwerbsarmut noch weiter schrumpfen? Wie denken Sie über eine Entkopplung von Sozialsystemen und Erwerbsarbeit? z.B. durch eine universale Bürgerversicherung und durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen?

Antwort:

Wir wollen die Sozialversicherungen Schritt für Schritt zur Bürgerversicherung ausbauen. So wollen wir zunächst nicht anders abgesicherte Selbständige sowie Langzeitarbeitslose und Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Alle, die sich in einer vergleichbaren wirtschaftlichen Situation befinden, sollten auch gleich behandelt werden. Das ist unser Ziel.

Wie soziale Sicherung im digitalen und demografischen Wandel nachhaltig, solidarisch und armutsfest organisiert werden kann, ist eine der großen Herausforderungen. Wir wollen eine breite Debatte vorantreiben und Fragen von einer Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens bis hin zu institutionellen Reformen der Sicherungssysteme in den Blick nehmen. Dabei wollen wir das Grundeinkommen in einem Modellprojekt erproben und Erfahrungen aus anderen Ländern berücksichtigen.

Für Gesundheit und Pflege ist unser Ziel ebenfalls die Bürgerversicherung. Dabei beabsichtigen wir auch die Einbeziehung anderer Einkommensarten wie etwa Kapitaleinkünfte. Damit beenden wir die einseitige Belastung von Erwerbseinkommen und tragen der Tatsache Rechnung, dass ein immer größer werdender Anteil des Volkseinkommens über solche Erträge erzielt wird. Zugleich wollen wir, dass alle nach ihren Möglichkeiten zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen. Starke stehen für Schwächere ein, Gesunde für Kranke und Junge für Ältere. Diese solidarischen Prinzipien wollen wir stärken. Damit schaffen wir vor dem Hintergrund wachsender Ausgaben durch den demographischen Wandel und vor allem den medizinischen Fortschritt eine stabile, verlässliche und gerechte Grundlage für unser Gesundheitswesen.

Ebenso wichtig wie Reformen im Bereich der Sozialversicherung sind Maßnahmen gegen Erwerbsarmut und prekäre Beschäftigung. Deshalb wollen wir für faire Löhne sorgen durch mehr Branchenmindestlöhne, bessere Bezahlung von Leiharbeitnehmern und die Abschaffung der Befristung ohne Sachgrund. Außerdem wollen wir Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln und dafür sorgen, dass sich mehr arbeiten auch nach Steuern und Abgaben immer lohnt.

2. Für welche Maßnahmen wollen Sie sich einsetzen, um Menschen finanziell zu unterstützen, die unbezahlte Sorgearbeit leisten und daher von Altersarmut bedroht sind?

Antwort:

Wer für einen pflegebedürftigen Menschen Verantwortung übernimmt, hat mehr Unterstützung und Wertschätzung verdient. Mit der grünen PflegeZeit Plus bieten wir deshalb einen dreimonatigen Lohnersatz und jährlich eine 10-tägige bezahlte Freistellung, wenn kurzfristig Unterstützung nötig wird. Dieses Angebot steht nicht nur Familienmitgliedern, sondern auch NachbarInnen, Freunden oder Bekannten zur Verfügung, die sich um eine pflegebedürftige Person kümmern.

Um pflegende Angehörige in ihrem Alltag zu unterstützen, wollen wir außerdem Beratung und Information, flexible Tages- und Nachtpflege sowie Hol- und Bringdienste ausbauen.

Die Unterstützung und Pflege alter und kranker Menschen ist keine private Aufgabe. Sie ist gesellschaftlich wichtig und sie wird derzeit überwiegend von Frauen geleistet. Deswegen braucht es aus unserer Sicht eine faire Abbildung von Pflegezeiten bei der Rente. Darauf hinaus wollen wir mit der Garantierente für alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, ein Mindestniveau in der Rentenversicherung einführen, das oberhalb der Grundsicherung liegt.

Sorgearbeit in Familien fördern wir mit unserem Konzept KinderZeit Plus. Mit der KinderZeit Plus entwickeln wir das Elterngeld weiter und machen es rechtlich möglich, auch nach dem ersten Geburtstag des Kindes phasenweise die Arbeitszeit zu reduzieren. Familien bekommen damit mehr Beweglichkeit. Denn es sind nicht nur die Kleinsten, die ihre Eltern brauchen. Die KinderZeit Plus kann genommen werden, bis die Kinder 14 Jahre alt sind. So bekommen auch Eltern mit geringem Einkommen mehr Spielraum, um sich Zeit für ihre schon etwas größeren Kinder zu nehmen. In der KinderZeit Plus erhält jeder Elternteil acht Monate finanzielle Unterstützung – weitere acht Monate können frei zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Damit verlängern und flexibilisieren wir das heutige Elterngeld deutlich.

3. Wie wollen Sie den wachsenden Pflegenotstand, Bildungsnotstand und die Wohnungsnot lösen?

Antwort:

Der Personalmangel in der Pflege gehört für uns ganz oben auf die politische Agenda. Die Große Koalition hat die Situation bisher nicht verbessern können. Wir wollen zügig ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Dazu gehört als Sofortmaßnahme ein Investitionsprogramm für 25.000 zusätzliche Pflegestellen in Krankenhäusern. Außerdem wollen wir so schnell wie möglich verbindliche Regelungen zur Personalausstattung in Alten- und Krankenpflege einführen, die sich am tatsächlichen Pflegebedarf der Menschen orientieren. Bei den Tarifpartnern machen wir uns für einen Tarifvertrag Soziales stark, der für faire Löhne in der Pflege sorgen kann. So gewinnen wir mehr Menschen für diesen Bereich.

Wir setzen uns für gute Bildung für alle ein. Jedes Kind ab 1 soll einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita haben. Mindeststandards für die Qualität wollen wir gesetzlich festlegen und die Finanzierung mit Bundesmitteln von bis zu 3 Milliarden Euro pro Jahr unterstützen. Die finanzschwachen Kommunen entlasten wir um 10 Milliarden Euro, damit sie ihre Schulen fit machen können für die Zukunft. Außerdem wollen wir das Kooperationsverbot aufheben, Schulen in schwierigen Lagen mit einem Sonderprogramm unterstützen und ein neues Ganztagschulprogramm mit 4 Milliarden Euro auflegen.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot wollen wir mit einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit binnen der nächsten 10 Jahre 1 Million dauerhaft günstiger Wohnungen schaffen, mietpreis- und sozial gebunden, also für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen sowie mit besonderen Bedarfslagen. Als Gegenleistung für die dauerhafte Bindung erhalten Eigentümer einen attraktiven Zuschuss und beim Kauf oder Neubau auch den Erlass der Grunderwerbssteuer. Darüber hinaus werden wir die Bundesmittel für die Wohnraumförderung der Länder auf 2 Milliarden Euro erhöhen, Mietsteigerungen, dort wo Wohnraummangel herrscht, stärker begrenzen, und eine robuste Mietpreisbremse ohne Hintertüren einführen. Und wir werden mit einem ökologischen und sozialen Mietrecht dafür sorgen, dass die klimafreundliche, warme Wohnung bezahlbar bleibt. Außerdem werden wir auch Familien mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Wir wollen es Städten erleichtern, ihr kommunales Vorkaufsrecht wahrzunehmen, um mehr soziales Bauen und Wohnen zu ermöglichen. Der Bund darf sich nicht länger als Immobilienspekulant betätigen, sondern soll Liegenschaften vergünstigt an Kommunen abgeben, auch zum Beispiel zur Weitergabe an gemeinwohlorientierte Träger.

4. Welche sozialen Infrastrukturen sollen Ihrer Meinung nach in der kommenden Legislaturperiode prioritär ausgebaut und der Bevölkerung möglichst kostenlos oder zumindest kostengünstig zur Verfügung gestellt werden?

Antwort:

Mit uns wird es endlich ausreichend und vor allem wirklich gute Kita-Angebote und Schulen geben. Unser Ziel sind gute Kitas überall. Bis 2020 fehlen nach aktuellen Berechnungen rund 350.000 Angebote für Kinder bis zum Schuleintritt. Die Bundesregierung hat sich bisher nur an der Finanzierung von weiteren 100.000 Angeboten beteiligt. Wir werden den bedarfsgerechten Ausbau finanzieren.

Mit 10 Mrd. Euro wollen wir finanzschwache Kommunen dabei unterstützen, ihre Schulen für die Zukunft fit zu machen und damit Kindern und Jugendlichen den Weg ins Leben zu erleichtern. Mit einem neuen Ganztagschulprogramm unterstützen wir mit 4 Milliarden Euro den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulplätzen. So geben wir Kindern und Jugendlichen mehr Zeit zum Lernen und erleichtern Eltern durch ein verlässliches ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen ein Sonderprogramm für mehr pädagogisches Personal für Schulen in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen auflegen.

Zur sozialen Infrastruktur gehört auch die Gesundheitsversorgung. Wir setzen uns für ein bedarfsgerechtes und gut erreichbares ambulantes und stationäres Angebot ein. Besondere Anstrengungen sind aus unserer Sicht nötig, um Menschen mit insbesondere psychischen Behandlungsbedarfen künftig besser zu versorgen. Auch in sozial benachteiligten und strukturschwachen Regionen muss mehr für eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung getan werden.

5. Was wollen Sie tun, damit Erwerbsarbeit mit anderen Formen menschlicher Tätigkeit (Sorgearbeit, am Gemeinwesen orientierte Tätigkeit, bürgerschaftliches Engagement) selbstbestimmt vereinbar sind? Sehen Sie in verteilungspolitischer Hinsicht Handlungsbedarf? Was wollen Sie dafür unternehmen?

Antwort:

Damit Beruf und Privatleben besser miteinander zu vereinbaren sind, wollen wir neue Arbeitszeitmodelle einführen. Viele Unternehmen haben die Herausforderung bereits erkannt und angefangen, Arbeitszeit neu zu denken und innovative Konzepte für ihre Belegschaften zu entwickeln. Solche Wege wollen wir unterstützen: mit einer flexiblen Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre persönliche Vollzeit aussieht; mit einem Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit; mit einem Recht auf Home Office als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz sowie mit einer PflegeZeit Plus, die hilft, die Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Damit Eltern nicht die Puste ausgeht und Kinder zur Belastung werden, wollen wir Familien entlasten - vor allem mit unserer KinderZeit Plus. PflegeZeit Plus und KinderZeit Plus werden durch eine Lohnersatzleistung wie beim Elterngeld abgedeckt, damit es sich nicht nur Gutverdienende, leisten könne, mal etwas weniger zu arbeiten und sich mehr um anderen zu kümmern.

Auch bürgerschaftliches Engagement soll besser mit den Notwendigkeiten des Lebens vereinbar sein. Lokale Anlauf- und Vernetzungsstellen wie Freiwilligenagenturen, -zentren und -börsen, Seniorenbüros oder Selbsthilfekontaktstellen wollen wir stärker fördern, damit die vielen Menschen, die sich gern (mehr) engagieren möchten, die für sie passenden Aktivitäten finden. Unternehmen, öffentliche Verwaltungen, Schulen und Hochschulen sollten freiwilliges Engagement fördern und ermöglichen.

6. Was wollen Sie tun, damit die soziale Säule Europas ausgebaut wird?

Antwort:

Das Versprechen der EU auf Wohlstand und soziale Teilhabe muss glaubwürdig bleiben. Allerdings haben die EU-Mitgliedstaaten im sozialen Bereich der EU bisher kaum Kompetenzen übertragen. Wir wollen europäische Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes und perspektivisch eine EU-Arbeitslosenversicherung einführen. Uns ist wichtig, die grenzüberschreitende

Freifügigkeit von ArbeitnehmerInnen sozial besser abzusichern, damit sie nicht durch ein Raster national fragmentierter Sozialsysteme fallen. Die Jugendarbeitslosigkeit wollen wir mit einer wirksameren EU-Jugendgarantie bekämpfen. Jeder junge Mensch in der EU soll spätestens vier Monate nach dem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten. Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen.